



26. November 2018

## **AMERIKA: US-REGIERUNG GEFÄHRDET ASYLSUCHENDE DURCH RECHTSWIDRIGE POLITIK**

Pressemitteilung

Rechtswidrige Praktiken an der US-Grenze führen dazu, dass Tausende Asylsuchende in Mexiko festsitzen und mit der Abschiebung in ihre Herkunftsländer konfrontiert sind, wo sie möglicherweise ernsthaften Schaden erleiden, sagte Amnesty International heute, nachdem Delegierte in der vergangenen Woche vor Ort Recherchen durchgeführt hatten. Die Bedingungen könnten sich im Rahmen des geplanten Abkommens zwischen den USA und Mexiko nur noch verschlechtern, das – wenn es beschlossen wird – Asylsuchende dazu zwingen würde, während der Bearbeitung ihrer Asylanträge in Mexiko zu bleiben, anstatt ihnen die Einreise in die Vereinigten Staaten zu erlauben.

Als Ergebnis der Nachforschungen von Amnesty International, die sich im Oktober und November auf die Behandlung von Flüchtlingen und MigrantInnen in den Karawanen in Guatemala, dem süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas, Mexiko-Stadt und Tijuana konzentriert haben, hat die Organisation heute [26 Empfehlungen](#) an die Regierungen der USA und Mexikos sowie an die Behörden der zentralamerikanischen Herkunfts- und Transitländer gerichtet, um den Schutz der Menschenrechte und die humanitäre Unterstützung aller Asylsuchenden und MigrantInnen zu gewährleisten, einschließlich der Aufforderung an die Behörden, die internationalen Normen für den Einsatz von Gewalt einzuhalten.

**"Anstatt die Grenze zu militarisieren und Angst und Diskriminierung zu verbreiten, sollte die Regierung von Präsident Trump Mitgefühl für diejenigen zeigen, die gezwungen sind, aus ihrer Heimat zu fliehen, und ihre Asylanträge unverzüglich entgegennehmen, wie es das US-amerikanische und internationale Recht verlangt", sagte Erika Guevara-Rosas, Directorin für Amerika bei Amnesty International.**

"Die Regierungen Mexikos und Mittelamerikas ihrerseits müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit und das Wohlergehen all dieser MigrantInnen zu gewährleisten und



sicherzustellen, dass sie keine weiteren Menschenrechtsverletzungen erleiden. Wenn Mexiko zustimmt, die Drecksarbeit der US-Regierung auf Kosten der Würde und der Menschenrechte der Karawanenmitglieder zu machen, bezahlt es effektiv für Trumps schändliche Grenzmauer."

"Die Gefahr für verzweifelte Familien, die geduldig an der Grenze auf Asyl warten, ist ein Notstand, den die US-Regierung selbst verursacht hat", sagte Margaret Huang, Geschäftsführerin von Amnesty International USA.

**"Tränengas in einer Situation zu verwenden, in der Familien, Kinder und ihre Eltern anwesend waren, war nicht nur schrecklich, es war auch ein neuer Tiefpunkt für diese Regierung in ihrer Verachtung für unsere gemeinsame Menschenwürde und Menschenrechte."**

### **Gesundheitsschädliche Zustände und unrechtmäßige Wartelisten für Asylbewerber**

Am 18. November besuchte Amnesty International den Sportkomplex Benito Juarez in Tijuana, eine Notunterkunft, in der die Stadtverwaltung etwa 3.000 MigrantInnen und Asylsuchende untergebracht hatte, die in der ersten von mehreren Karawanen durch Mexiko mit insgesamt 8.000 bis 10.000 Menschen angekommen waren. Sie schlossen sich Tausenden von anderen Menschen an, die die US-Behörden gezwungen haben, wochen- oder monatelang in Tijuana zu warten, bevor sie an der Grenze Asyl beantragen konnten. Am 22. November [erklärte](#) US-Außenminister Pompeo, dass die US-Regierung plane, Menschen dieses Recht unrechtmäßig zu verweigern, indem sie die Einreise der Karawanen in die Vereinigten Staaten verbietet.

Mexikanische Bundes-, Staats- und Gemeindebeamte bestätigten Amnesty International gegenüber unabhängig voneinander, dass die Notunterkunft nicht über ausreichende Lebensmittel-, Wasser- und Gesundheitsdienste verfüge und dass sich Atemwegserkrankungen unter den dort lebenden Menschen ausbreiteten.

Mindestens seit April 2018 verlangen die US-amerikanischen und mexikanischen Behörden unrechtmäßigerweise, dass Asylsuchende auf der tijuanschen Seite des Grenzübergangs von San Ysidro auf eine quasi offizielle Warteliste gesetzt werden, anstatt dass sie direkt an der Grenze Asyl beantragen können. Die Liste wird von den Asylsuchenden selbst und den mexikanischen Behörden gemeinsam koordiniert, um den US-Beschränkungen für die Zahl der Asylsuchenden, die sie jeden Tag empfangen werden, gerecht zu werden. Asylsuchenden ohne Ausweispapiere ist es verboten, sich in die Liste derjenigen einzutragen, die auf die Möglichkeit zur Beantragung von Asyl warten, und wenn sie den Tag verpassen, an dem ihre Nummer aufgerufen wird, laufen sie Gefahr, ihren Platz ganz zu verlieren.

Indem die US-Behörden Asylsuchende an den Grenzübergängen abweisen, verletzen sie deren Recht, aufgrund von Verfolgung Asyl zu beantragen und verursachen zudem einen Notstand an der Grenze. Die Schlange entlang der Grenze setzt Menschen, die Asyl suchen, dem Risiko der Inhaftierung und Abschiebung durch mexikanische Einwanderungsbeamte und der Ausbeutung durch kriminelle Banden aus.

Am 21. November überprüfte Amnesty International die Liste, die die Namen von rund 4.320 Personen enthielt, darunter etwa 2.000 Karawanenmitglieder, hauptsächlich aus Honduras, die seit dem 15. November angekommen waren. Diejenigen, die bereits vor der Ankunft der Karawane auf der Liste standen, hatten im Durchschnitt etwa fünf Wochen in Tijuana gewartet, bevor die US-



Behörden mit der Bearbeitung ihrer Asylanträge begannen. Beamte des mexikanischen National Institute of Migration (INM) und ein Beamter der Gemeinde Tijuana teilten Amnesty International mit, dass, bevor die Karawane ankam, etwa 80 Prozent der Asylsuchenden mexikanische Staatsangehörige waren.

Die mexikanischen Behörden können legal nicht verhindern, dass Menschen das Land verlassen und an der US-Grenze Asyl beantragen. Dennoch bestätigte Amnesty International unter Bezugnahme auf mehrere Quellen in der mexikanischen Regierung, dass mexikanische Einwanderungsbeamte routinemäßig jede Nacht die Warteliste an sich nehmen und sich mit den US-Grenzbehörden abstimmen, wie viele Personen von der Liste jeden Tag empfangen werden. Amnesty International hat Berichte von mexikanischen Beamten erhalten, die anonym bleiben wollten, die Zweifel an der angeblichen mangelnden Kapazität der US-Behörden äußern, mehr Menschen aufzunehmen, und auf den Druck hinweisen, den die US-Regierung auf die mexikanischen Behörden ausübt, um die Einreise von Asylsuchenden einzuschränken.

Mexikanische Beamte und Asylbewerber am Grenzübergang von San Ysidro sagten gegenüber Amnesty International, dass US-Zoll- und Grenzschutzbeamte (CBP) dort kürzlich 30 bis 70 Asylanträge pro Tag angenommen hätten. Am 16. November teilte der Grenzposten-Direktor der CBP in San Ysidro der [Washington Post](#) mit, dass seine MitarbeiterInnen 90 bis 100 Asylanträge pro Tag annehmen könnten, vorausgesetzt, das US Immigrations and Customs Enforcement (ICE) übernimmt innerhalb von 72 Stunden die von ihnen angenommenen Asylsuchenden.

Bei einem Treffen mit Amnesty International am 20. November lehnten es die ICE-Beamten ab, Auskunft darüber zu geben, ob sie die Asylsuchenden rechtzeitig in Gewahrsam nehmen können oder ob sie aufgrund der jüngsten Ankunft der Karawanen mit Kapazitätsengpässen konfrontiert sind. Daraufhin beendeten sie das Gespräch unvermittelt.

Amnesty International fordert die US-Behörden auf, das Recht der Menschen auf Asyl sowohl an als auch zwischen offiziellen Grenzübergängen unverzüglich zu respektieren. Gemäß der [Erklärungen](#) der US-Regierung, dass sie planen, den Menschen in den Karawanen dieses Recht rechtswidrig zu verweigern, sollte der Kongress es ablehnen, CBP-Operationen zu finanzieren, ohne eine rigorose Kongressaufsicht über diese Operationen und eine schriftliche Verpflichtung der CBP, die illegalen Zurückweisungen von Asylsuchenden sowohl in als auch zwischen den US-Einreisestationen zu stoppen. Amnesty International dokumentierte diese Zurückweisungen in einem aktuellen [Bericht](#).

## **Asylsuchende laufen Gefahr, von den mexikanischen Behörden abgeschoben zu werden**

Am 19. November [teilte](#) die städtische Polizei von Tijuana mit, dass sie 34 Karawanenmitglieder wegen "öffentlicher Unordnung" (einschließlich Biertrinken auf der Straße) festgenommen und zur möglichen Abschiebung an INM überwiesen habe. Amnesty International bat INM unverzüglich, Zugang zu den Häftlingen für Interviews zu erlauben, nachdem sie unbestätigte Berichte erhalten hatte, wonach die Gemeindepolizei von Tijuana von einigen von ihnen rassistische Profile erstellt, sie in eine Falle gelockt und/oder erpresst haben könnte und dass ihre Verhaftungen zur Trennung von ihren Familienangehörigen geführt haben könnten, die sich in der Sportanlage Benito Juarez aufhalten. INM erlaubte Amnesty International nicht, sie zu besuchen.

Am 20. November bestätigte ein Rechtsexperte für Migration von der Nationalen Menschenrechtskommission Mexikos (CNDH) gegenüber Amnesty International, dass eine oder mehrere Familien durch die Inhaftierungen getrennt worden seien, sagte aber, dass CNDH noch keinen der Häftlinge befragt habe, um die Gültigkeit der Anklagepunkte gegen sie zu beurteilen. Er stellte fest, dass Menschen, die Teil der Karawanen waren, bei Inhaftierung durch die Stadtpolizei einem hohen Abschieberisiko ausgesetzt seien, da die meisten entweder keinen Rechtsstatus in Mexiko haben oder ihr legaler Aufenthalt bald auslaufen werde, einschließlich derjenigen, die



planen, an der US-Grenze Asyl zu beantragen. Nach mexikanischen Migrationsgesetz ist es der Gemeindepolizei nicht erlaubt, Überprüfungen von Personendokumenten unter Einwanderungsgesichtspunkten durchzuführen - eine Aufgabe, die dem INM vorbehalten ist.

Lokale Medien in Tijuana [berichteten](#) am 20. November, dass 40 Karawanenmitglieder von der Stadtpolizei festgehalten und dann vom INM abgeschoben wurden. Diese Inhaftierungen sind Teil eines verstärkten Trends der letzten Tage, in dem das INM als Reaktion auf die Karawane mehrere Massenverhaftungen in ganz Mexiko durchführte, einschließlich Familien und Kinder. In einigen Fällen hat die Zahl der inhaftierten Personen Hunderte erreicht. Am 25. November sagten die mexikanischen Behörden, dass einige von denen, die versucht hatten, in die Vereinigten Staaten zu gelangen und mit Tränengas konfrontiert wurden, abgeschoben werden würden. Die Abschiebung von Menschen in Länder, in denen ihr Leben gefährdet ist, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, Asyl zu beantragen, würde gegen mexikanisches und internationales Recht verstoßen.

"Mexikanische Kommunal-, Staats- und Bundesbehörden haben sich bemüht, die in Tijuana festsitzenden Menschen aufzunehmen und ihnen angemessene humanitäre Hilfe zu leisten. In einigen Fällen haben sie mexikanische Einwanderungsbeamte gesucht, um Menschen, die Teil der Karawanen waren, möglicherweise völkerrechtswidrig abzuschieben", sagte Erika Guevara Rosas.

**"Das Nationale Einwanderungsbehörde Mexikos INM sollte dringend klären, ob allen in den letzten Tagen inhaftierten Karawanenmitgliedern die Möglichkeit gegeben wurde, in Mexiko Asyl zu beantragen oder ihren Aufenthaltsstatus zu legalisieren und sich wieder mit ihren Kindern oder anderen Familienmitgliedern zu vereinen."**

Amnesty International fordert die mexikanische Regierung auf, eine ordnungsgemäße Untersuchung von MigrantInnen und Asylsuchenden, die Anspruch auf internationalen Schutz haben, zu gewährleisten und zu beschleunigen; sie sollten diejenigen, die auf Aufnahme an den US-Einreisestationen warten, vorläufige Aufenthaltsgenehmigungen zur Verfügung stellen, um zu verhindern, dass sie während der Bearbeitung ihrer Fälle in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

Amnesty International empfiehlt außerdem den Behörden der Herkunftsländer, sich mit den Faktoren zu befassen, die die Menschen zur Flucht veranlassen, während die Transit- und Aufnahmeländer ihre Gesundheit und Sicherheit gewährleisten, ihnen humanitäre Hilfe leisten, ihr Recht auf Asyl respektieren und jegliche Missbrauch und Menschenrechtsverletzungen gegen sie verhindern und untersuchen müssen.

Diese Empfehlungen basieren auf Interviews, die Amnesty International mit rund 200 Personen durchgeführt hat, die in den Karawanen unterwegs waren - einzeln oder in Gruppen, darunter mehrere Familien, Frauen, die mit Kindern reisten, und Mitglieder der LGTBI-Gemeinschaft - sowie auf Informationen von Regierungen aus der gesamten Region, internationalen Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft, die vor Ort präsent sind.

#### **Weitere Informationen:**

[Stuck at the door: The urgent need for protection of Central American refugees, asylum seekers and migrants in the caravans](#) (Research, 23 November 2018)

[Key facts about the migrant and refugee caravans making their way to the USA](#) (News, 16 November 2018)

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



['It breaks my heart, but I have to keep going': the Honduran women forced to leave their homeland](#)  
(News, 13 November 2018)

[USA: Trump's cruel plans to block people seeking protection must not stand](#) (2 November 2018)

[USA: 'You don't have any rights here'](#) (Research, 18 October 2018)

Unverbindliche Übersetzung:

El-Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

**Americas: US government endangers asylum seekers with unlawful policies**

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/11/americas-us-government-endangers-asylum-seekers-with-unlawful-policies/>

